

wort.lu (24.09.2016)

Syfel-Generalversammlung

Die Nerven liegen blank



"Wir geben jetzt Butter bei die Fische", sagte Syfel-Vizepräsident Marc Linden am Freitag bei der außerordentlichen Generalversammlung in Heffingen.
Foto: Gerry Huberty

Veröffentlicht am Samstag, 24. September 2016 um 14:02

(mig) - „Es reicht! Bis hierhin und nicht weiter! Wir ziehen jetzt die Bremse. Es geht um die Wurst.“ Mit diesen Worten machte Syfel-Vizepräsident Marc Linden am Freitagabend bei einer [außerordentlichen Generalversammlung](#) den Vertretern der Kirchenfabriken klar, dass jetzt endgültig die Stunde Null geschlagen hat.

Reichlich spät, dafür aber mit geballter Kraft will der Dachverband der Kirchenfabriken jetzt gegen die geplante Auflösung der 285 Kirchenfabriken und deren Überführung samt Vermögenswerte in einen gemeinsamen Fonds vorgehen.

Das prall gefüllte Centre polyvalent – knapp 350 Mitglieder waren der Einladung des Syfel nach Heffingen gefolgt – das aufmerksame Zuhören und die vielen Fragen machten deutlich, wie groß das Interesse, aber auch die Verunsicherung ist. Man will sich wehren, aber man will auch nichts falsch machen. Schließlich kennt sich nicht jeder mit juristischen Feinheiten aus.

Die Krux: Die Kirchenfabriken sollen bis zum 1. Oktober mit den Gemeinden eine Einigung finden, welche Kirchen, Kapellen und Güter 2017 in den Fonds übergehen werden, und eine entsprechende Konvention unterschreiben. Doch die Vertreter der Kirchenfabriken sind unsicher, was sie tun sollen.

Einerseits wehren sie sich dagegen, dass die Dinge auf diese Art abgewickelt werden. Andererseits haben sie Angst, dass am Ende die Regierung entscheidet, sollte es nicht zu einer Einigung kommen.

Keine Konvention unterschreiben

Syfel-Präsident Serge Eberhard riet den Mitgliedern, nicht in die Falle des Ministers zu tappen, „der die Listen braucht, damit sein Gesetz durchgeht“. Eberhard riet den Mitgliedern, auf keinen Fall eine Konvention zu unterschreiben, so lange kein Gesetz vorliegt. Noch ist nämlich unklar, ob der Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form überhaupt den Staatsrat passieren wird.

Stattdessen ging der Rat an die Kirchenfabriken, sich mit den Gemeinden auf eine Absichtserklärung zu einigen, „die nicht bindend ist“, und das Gesetz abzuwarten. Schließlich bleibe auch dann noch genug Zeit, eine Konvention zu unterzeichnen.

Die Wunden sitzen tief beim Syfel. Und man ist fassungslos über das, was gerade „in atemberaubendem Tempo“ passiert. Gründe, gegen das geplante Gesetz vorzugehen, gibt es nach Ansicht des Syfel viele. Allein schon die Konvention sei null und nichtig, „weil weder der Erzbischof das Recht hat, die Kirchenfabriken, noch der Innenminister, die Gemeinden zu verpflichten“, so der Vorsitzende.



Gerichtliche Schritte

Deshalb wird das Syfel auch gerichtlich gegen die Konvention vorgehen. „Hier haben zwei Parteien entschieden, das Haus eines Dritten zu verkaufen, ohne diese dritte Person zu fragen, ob sie damit einverstanden ist. Das nennt man Diebstahl, Enteignung, Beraubung“, so Eberhard.

Was die Zukunft angeht, befürchtet das Syfel, dass es dem Fonds später so ergehen könnte wie jetzt den Kirchenfabriken. Es gebe keine Garantie, dass der Fonds nicht auch irgendwann abgeschafft werde „und dann ist alles weg“, so Eberhard, der bei der anschließenden Pressekonferenz betonte, dass es dem Syfel in erster Linie nicht um das Geld, sondern um die Menschen gehe, „die sich über 200 Jahre lang unentgeltlich für die Kirchenfabriken eingesetzt haben und für ihre Arbeit keinen Dank, sondern eine Ohrfeige erhalten“.

Die Syndikatsverantwortlichen äußerten auch Bedenken bezüglich der Verwaltung des geplanten Fonds. „Niemand weiß, wie dieser Fonds verwaltet werden soll. Wir wissen nur, dass die Verwaltung eines solch großen Fonds einen Haufen Geld kosten wird, allein schon weil man viel Verwaltungspersonal dafür braucht“.

Diese Kosten hätte man sich sparen können, fuhr Eberhard fort, und erinnerte an den Vorschlag des Syfel, die Kirchenfabriken zu reformieren und einen Solidaritätsfonds einzurichten, der Eberhard zufolge die Finanzierung der Kirchenfabriken gesichert hätte, ohne sie abzuschaffen.



wort.lu. (23.09.2016)

Abschaffung der Kirchenfabriken

Syfel: "Es geht jetzt um die Wurst"

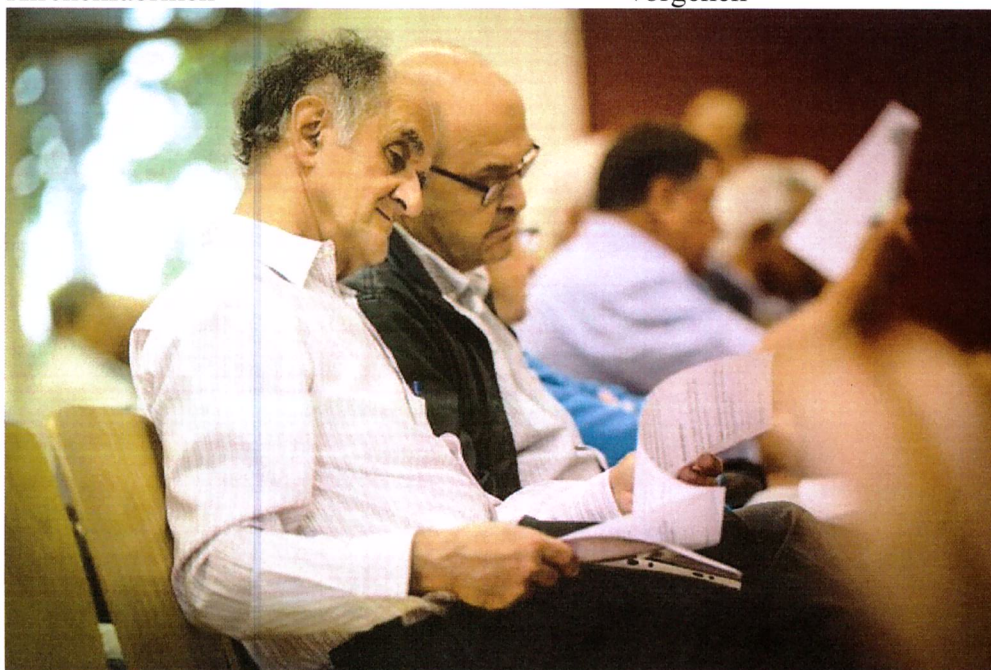


Das Syndikat der Kirchenfabriken setzt alle Hebel in Bewegung, um die Abschaffung der Kirchenfabriken zu verhindern.

Foto: Gerry Huberty

Veröffentlicht am Freitag, 23. September 2016 um 22:31

(mig) - Die Vertreter der Kirchenfabriken kamen am Freitagabend im Centre polyvalent in Heffingen zusammen, um zu entscheiden, wie das Syndikat der Kirchenfabriken (Syfel) gegen die im Zuge der Trennung von Kirche und Staat geplante Abschaffung der Kirchenfabriken vorgehen soll.



Folgende Punkte wurden dabei beschlossen:

- Der Dachverband der Kirchenfabriken (Syfel) will gleich mehrere Hebel in Bewegung setzen, um gegen die geplante Abschaffung der über 200 Jahre alten Kirchenfabriken und deren Überführung in einen gemeinsamen Fonds vorzugehen.
- So wird das Syndikat eine Petition starten zum Erhalt und zur Modernisierung der Kirchenfabriken. Man hofft auf einen massiven Zuspruch aus der Bevölkerung.
- Inzwischen hat das Syfel bereits 200 Protestbriefe von Kirchenfabriken gesammelt, die an Erzbischof Jean-Claude Hollerich und Innenminister Dan Kersch verschickt werden.
- Darüberhinaus will man juristisch vorgehen, in Luxemburg aber auch in Straßburg vor dem Menschenrechtsgerichtshof. Zusätzlich wird man auch auf Schadenersatz wegen der geplanten Enteignungen klagen.
- Ein juristisches Gutachten, das das Syndikat ausarbeiten ließ, wird an den Staatsrat und alle anderen involvierten Instanzen verschickt.
- Auf internationaler Ebene will man ebenfalls auf das nach Ansicht der Vertreter der Kirchenfabriken ungerechte Vorgehen des Gesetzgebers hinweisen.

Konkret geht es um den Gesetzentwurf 7037, der die Überführung der Kirchenfabriken samt ihrer Vermögenswerte in einen gemeinsamen Fonds vorsieht, der vom Bistum verwaltet wird. Seit die Konvention zur Trennung von Kirchen und Staat im Januar 2015 unterzeichnet wurde, wehrt sich das Syfel gegen das Vorhaben und sparte nicht mit Kritik am Vorgehen der Regierung und des Bistums.



Das Syfel beruft sich auf die eigenständige Rechtspersönlichkeit der Kirchenfabriken. "Die Kirchenfabriken verfügen über ein eigenes Statut und sind demnach Eigentümer der Kirchengüter, die sie verwalten", sagte Syfel-Vizepräsident Marc Linden Anfang September im "[Wort](#)"-Interview. Die Abschaffung der Kirchenfabriken und die Übertragung der Güter in einen gemeinsamen Fonds käme einer Enteignung gleich, so die Einschätzung des Syfel.



Abgesehen von juristischen Schritten, setzt das Syndikat seine Hoffnungen in das Parlament und den Staatsrat, der den Gesetzentwurf 7037 begutachten wird. Im "[Wort](#)"-Interview sagte Linden, er hoffe, "dass der Staatsrat und das Parlament zumindest Änderungen an dem Gesetzestext vornehmen oder bestenfalls den Text ganz zurückweisen werden."

Unklar ist, wie der Staatsrat das im Gesetzestext verankerte Verbot der kommunalen Kofinanzierung der Kirchen, die dem Fonds angehören, beurteilen wird. Nach Ansicht des Syfel verstößt das Verbot gegen das Prinzip der kommunalen Autonomie. Das Syndikat hofft in dieser Angelegenheit auch auf den Einspruch der Parlamentarier, zumal viele von ihnen auch kommunalpolitische Ämter innehaben.

Zum 1. Januar 2017 sollen die Kirchen und Kapellen sowie die Vermögenswerte der 285 Kirchenfabriken in den neuen Fonds überführt werden. Damit das Innenministerium die Listen mit den Besitzverhältnissen der Güter vorbereiten und als Anhang im Gesetz veröffentlichen kann, forderte der zuständige Minister [Dan Kersch](#) die Gemeinden dazu auf, ihre Verhandlungen mit den Kirchenfabriken über die Besitzverhältnisse bei den religiösen Einrichtungen bis zum kommenden 1. Oktober zu klären.



rtl.lu (23.09.2016)

Klo géint d'Konventioun tëscht Bistum a Regierung

D'Ofschafe vun de Kierchefabriken suergt aktuell fir vill Gespréichsstoff. E Freideg den Owend war an deem Sënn eng Generalversammlung vun der Syfel.



RTL Télé Lëtzebuerg - René Pfeiffer

Et ass de feste Wëllen vu Regierung a Bistum, dass déi knapp 300 Kierchefabriken am Land ofgeschafft ginn an dass d'Proprietéitsrelatiounen vun de Kierchegebaier gekläert solle ginn. D'Fabriques d'Églises wëllen awer net mat sech gewäerde loosse a ginn iwwert d'Fauscht an der Täsche eraus: juristesche Schrëtt, mä och eng öffentlech Petitioun an Protestbréiwer sollen d'Politik nach zum Ëmschreiwen vum Gesetzprojekt bewegen.

Op der Generalversammlung vum Daachverband vun de Kierchefabrécken war d'Frustratioun e Freideg den Owend zu Hiefenech regelrecht ze spieren, an dat loung net eleng um Kulturzenter, deen déck voll besat war a wou sech d'Memberen vum Syfel net laang fléiwe gelooss hunn, fir hirem Desaccord géint Regierung- a Bistums-Ligne Loft ze maachen.

De Syfel-Comité pocht drop, dass een ëmmer fir eng Moderniséierung vun de Strukturen gewiescht wier, déi d'Kierchen um Liewen erhalen, mä sécher net andeems et elo zu enger de facto Expropriatioun, jo esouguer zu Vol géif kommen...dat andeems d'Suen an d'Terrainen via Gesetz géifen an ee Fong afléissen. Dëst wier sécher net am Interessi gewiescht vun de Parleit, déi Donen ginn hätten seet de President Serge Eberhard. Do géifen d'Suen och net higeiéieren, mä dat géif alles ënnert den Dësch gekiert ginn. Sou eppes ass Vol.



An dofir froen d'Affekoten vum Syfel och entspriechend Entschiedegungen. Och gi Kloen zu Stroossbuerg an eng Klo géint d'Konventioun tëscht Bistum a Regierung eragereecht. De Syfel gesäit sech als ze liichtgleeweg, wéi dëst Dokument ënnerschriwwe gouf, duerno wier ni méi op ee gelauschtert ginn. Mir

existéieren net, sou eppes hat e Minister souguer behaupt, sou de Serge Eberhard weider. De Syfel wier null interesséiert fir all déi Aktiounen ze maachen a wann ee sech emol géif un den Dësch setzen an iwwert eng konkret Modernisatiounen vun de Kierchefabrécke schwätzen, kéint een dat och sécherlech alles fale loossen.

Aus deem Gefill resultéiert elo d'opgestaut Frustratioun. De Marc Linden resuméiert den Text vun der Petitioun, déi elo kann signéiert ginn. Et géif hei ëm de Droit de propriété, eng Diskriminatioun, d'Aschränkung vun der Reliounsfräiheet, Enttegnung vun de Gidder an och ëm d'Inexistenz vun objektive Grënn, fir déi Kierchefabrécken ofzeschaffen.

D'Kierchefabrécken kruten e Freideg zu Hiefenech geroden, fir sech wuel mat de Gemengen un en Dësch ze setzen, mä näischt z'ënnerschreiwen, ausser vläicht eng Deklaratioun d'Intentioun. Am Resumé gesäit de Syfel d'Situatioun wéi wann 2, also Regierung a Bistum, d'Haus vun engem Drëtten géifen verkafen ouni deen ze froen.



Les fabriques d'église se battent

LUXEMBOURG Le Syndicat des fabriques d'église du Luxembourg (Syfel) a reçu l'accord de ses membres, réunis vendredi soir, pour introduire des recours en justice contre le projet de loi réformant leur statut. Alors que les fabriques d'église gèrent les

biens appartenant à l'Église catholique luxembourgeoise, la loi prévoit leur dissolution au profit d'un fonds de gestion placé sous la tutelle de l'archevêché. Le Syfel, qui parle d'une privatisation des conseils de fabriques, demande une indemnisation.

Grünes Licht für juristische Schritte

Streit um Kirchenfabriken: Syfel bereitet Klagen vor - Minister Kersch sieht trotzdem „Fortschritte“

HEFFINGEN Der überwiegende Teil der rund 285 Kirchenfabriken im Land war am vergangenen Freitagabend bei der außerordentlichen Generalversammlung des „Syndicat des Fabriques d'église du Luxembourg“ in Heffingen vertreten, bei der vor allem die Frage nach weiteren Schritten gegen die Absicht von Regierung und Erzbistum, Vermögen und Grundstücke der Fabriken in einen nationalen Fonds zu überführen, im Vordergrund stand.

Das Syfel spricht hier von „Enteignung“ und sogar „Raub“ und will nun, wie bereits angekündigt, juristisch gegen die Konvention vom Januar 2015 zwischen Erzbistum und Regierung vorgehen, in der besagte Zusammenlegung abgemacht wurde. Weder Erzbistum noch Innenminister hätten das Recht gehabt, eine solche Abmachung zu treffen, unterstreicht das Syfel, das ein juristisches Gutachten hat ausarbeiten lassen, das nun an den Staatsrat und alle mit dem Gesetzentwurf befassten Instanzen gehen soll. Auch soll eine Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vorbereitet werden und

eine Petition für den Erhalt und die Modernisierung der Kirchenfabriken gestartet werden. Hunderte Protestbriefe sind zwischenzeitlich an Regierung, Erzbistum und an den apostolischen Nuntius gegangen.

Solange kein Gesetz vorliegt, rät der Syfel-Vorstand den Kirchenfabriken, keine rechtlich bindenden Konventionen mit den Gemeinden, mit denen die Besitzverhältnisse vor allem der Kirchengebäude geklärt werden sollen, zu unterzeichnen, allerhöchstens eine Absichtserklärung. Eine Empfehlung, die Innenminister Dan Kersch (LSAP) in Reaktionen gegenüber mehreren Medien am Samstag als einen „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnete. Im RTL Radio stellte er fest, dass der Syfel ein wenig davon abgerückt sei, die Kirchenfabriken zum Boykott aufzurufen. Kersch begrüßte auch, dass der Syfel ein erstes Mal bestätigt habe, dass die Schritte der Regierung in kompletter Vereinbarung mit dem Erzbistum passieren. Dass dürfte die Härte der bevorstehenden Auseinandersetzung aber nicht schmälern. LJ

Le Syfel en appelle à la justice

L'assemblée générale extraordinaire a permis de trancher. Les membres ont donné leur feu vert au lancement de procédures judiciaires contre le projet de loi Kersch.

Le fonds de gestion commun des fabriques d'église est tout sauf transparent, la convention est nulle et le projet de loi, attaquant. Voilà les conclusions, vendredi soir, du Syfel qui ira jusqu'à Strasbourg et qui s'est octroyé les services de M^e Jean-Marie Bauler pour le défendre.

De notre journaliste
Geneviève Montaigu

Ce ne sont pas les conseils de fabrique que l'on veut détruire mais l'Église catholique!», s'est offusqué Jean Spautz, ancien ministre CSV et ancien président de la Chambre des députés. Les conseils de fabrique ont fait le plein. La salle du centre polyvalent de Heffingen a accueilli, vendredi soir, pas moins de 219 conseils de fabrique sur les 265 qui sont membres du Syfel : 350 personnes étaient présentes dans la salle. Vendredi, le Syfel a obtenu le mandat de ses membres pour introduire des recours contre le projet de loi déposé par le ministre de l'Intérieur, Dan Kersch, et qui met fin à une pratique bicentenaire.

«Les conseils de fabrique ne peuvent pas être privatisés, sinon nous sommes en face d'une expropriation, selon le juriste qui a fourni un avis sur le projet de loi qui contiendrait plein de contradictions!», lance Marc Linden, vice-président du Syfel.

Et s'il y a expropriation, il doit y avoir indemnisation. Le Syfel s'est offert les services de M^e Jean-Marie Bauler, «lui-même membre d'un conseil de fabrique», relève le président du Syfel, Serge Eberhard. La bataille est engagée de plus belle et Marc Linden a déposé, vendredi, une pétition publique à la Chambre des députés dans laquelle il demande la modernisation des conseils de fabrique sur le modèle «une commune, une paroisse, un conseil de fabrique». Vendredi, les responsables ont appelé chacun à faire un maximum de publicité pour cette pétition.

➤ Pas de privatisation sans indemnisation

Le syndicat dit assister depuis 2013, date du changement de gouvernement, à un démontage en règle du fait religieux et du culte catholique en premier lieu. Après l'abolition des cours de religion vient celle des conseils de fabrique. Non seulement, le Syfel ne se laissera pas faire, mais encore compte-t-il attaquer la légalité de la convention signée en janvier 2015 entre le gouvernement et les communautés religieuses dans le cadre de la séparation entre l'Église et l'État.

Vendredi, les avis formulés dans la salle ont tous convergé vers la même

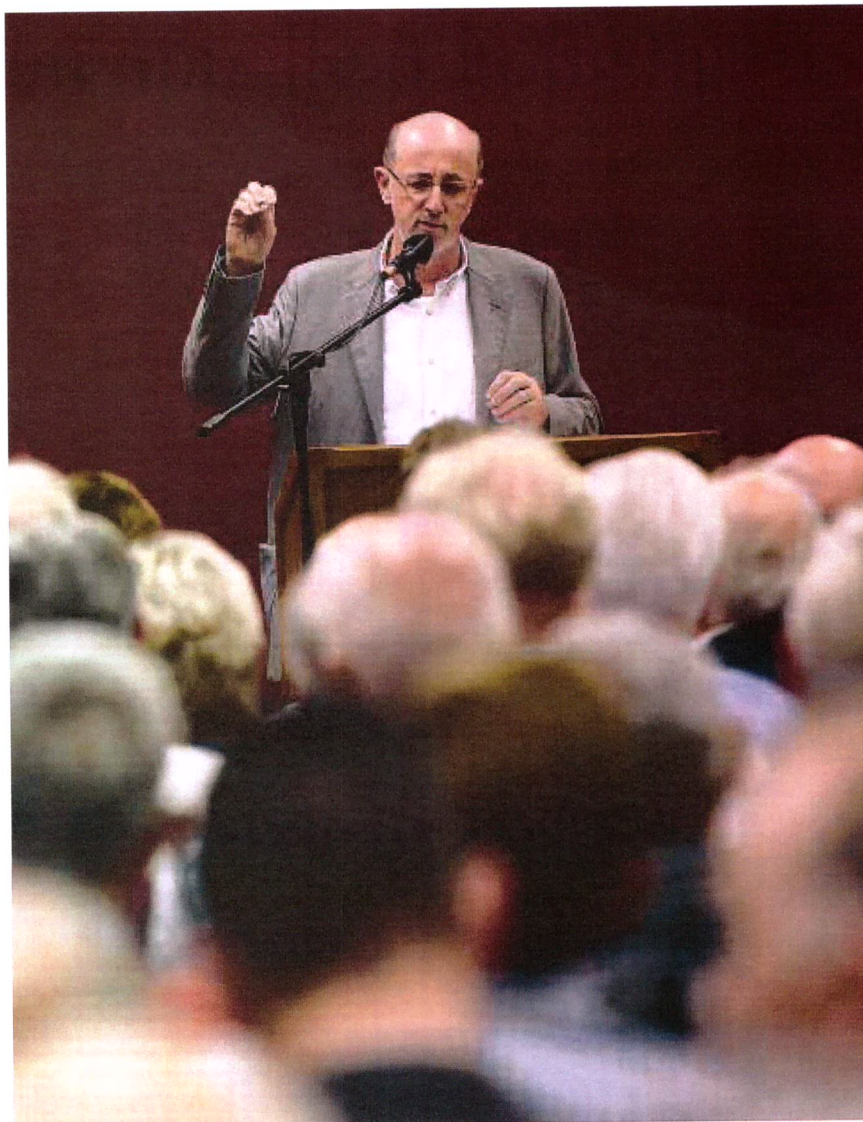


Photo : Isabella Finzi

Serge Eberhard, le président du Syfel, mène la fronde. Pour l'heure, il est conseillé aux fabriques d'église de ne pas s'engager tant que la loi tant conspuée n'entrera pas en vigueur.

conclusion : ce projet de loi ne doit pas passer, car les conseils de fabrique ne peuvent pas être privatisés sans indemnisation. Le Syfel utilisera tous les recours possibles et saisira la Cour européenne des droits de l'homme à Strasbourg pour expropriation et discrimination et exigera une indemnisation conséquente qui risque de coûter cher. Pour blinder son dossier, le Syfel s'est adjoint les services d'un constitutionnaliste de renom, le Belge Francis Delpérée.

La dissolution des fabriques

d'église se fera au profit d'un fonds de gestion placé sous la tutelle de l'archevêché, «qui est tout sauf transparent!», estime-t-on dans la salle. D'ailleurs, l'exemple grec aurait montré qu'un tel fonds a surtout profité à l'État qui s'est servi sans gêne dans les fonds de l'Église orthodoxe. Et si le gouvernement ne pioche pas dans la caisse, il peut s'attendre à tout le moins à ce que l'Église se sépare de certains biens pour financer l'entretien des édifices religieux.

Pour l'heure, le Syfel demande à ses membres de ne pas signer de convention avec les communes, mais de mener des discussions. «Ne vous engagez pas tant qu'il n'y a pas de loi!», conseille le Syfel à ses membres. Mais il les encourage à rédiger des déclarations d'intention au cas où.

En revanche, chaque fabrique d'église est invitée à formuler une résolution sur le modèle de celle de Hollerich qui était assez musclée.

Syfel bereitet juristische Schritte vor

KIRCHENFABRIKEN Konvention laut Syndikat „null und nichtig“

Claude Clemens (Text),
Isabella Finzi (Fotos)

Das Syndikat der Kirchenfabriken Syfel kam gestern zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen. Gegen das Gesetz zur Abschaffung der Kirchenfabriken will man mit mehreren Mitteln vorgehen.

Das konkreteste, der Weg vor Gericht, ist in Vorbereitung und wurde gestern in drei Teilen gegliedert präsentiert: Man will auf die „nullité“ der Konvention zwischen Regierung und Bistum klagen; man will wegen Diskriminierung vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ziehen; und sei das Gesetz erst in Kraft, würde man die „Enteignungen“ (aus Sicht der Kirchenfabriken) anfechten und hier gegebenen-

falls auch auf Schadenersatz klagen.

Was die Konvention angeht, so sagte Syfel-Präsident Serge Eberhard: „Der Bischof hatte nicht das Recht, im Namen der Kirchenfabriken zu unterschreiben, und der Innenminister nicht das Recht, im Namen der Gemeinden zu unterschreiben.“ Deshalb sei diese als null und nichtig anzusehen.

Öffentliche Petition wird gestartet

Über den Weg der öffentlichen Petitionen auf www.chd.lu will man eine solche starten, welche die Modernisierung der Kirchenfabriken fordert. Dann soll eine Resolution verfasst werden, die einen ähnlichen Inhalt wie diejenige der Kirchenfabrik Hollerich haben soll (siehe „T“ vom 2. Sep-

tember) und die auch international verbreitet werden soll. Dann gibt es bisher 200 Protestbriefe von Kirchenfabriken, die gegen ihre „Auflösung und Enteignung“ protestieren, die das Syfel an den Erzbischof, Innen- und Kultusminister sowie apostolischen Nuntius weiterleiten wird.

Den Kirchenfabriken riet der Syfel-Vorstand, solange kein Gesetz gestimmt sei, auf keinen Fall eine rechtlich bindende Konvention mit einer Gemeinde zu unterschreiben. Allerhöchstens eine „déclaration d'intention“, für die das Syfel ein Modell ausarbeiten will. Ebenso will der Vorstand ein Modell ausarbeiten für die Kirchenfabriken bzw. Kirchenräte, die den juristischen Weg mitgehen wollen.

Der Saal in Helfingen war mit etwas mehr als 300 Personen proppenvoll, 220 der 265 Mitglieds-Kirchenfabriken (von 285 landesweit) waren anwesend.

U.a. ergriffen die Ex-Politiker Jean Spautz, Erna Hennicot und Roby Mehlen bei den Wortmeldungen das Wort. Insbesondere Spautz hielt ein leidenschaftliches Plädoyer gegen die Trennung von Kirche und Staat. Man wolle die katholische Kirche regelrecht kaputtmachen, so sein Fazit. Der Präsident der Schifflinger Kirchenfabrik bedauerte ebenfalls, dass man nichts in dieser Angelegenheit vom Kultusminister – Xavier Bettel – hören würde.

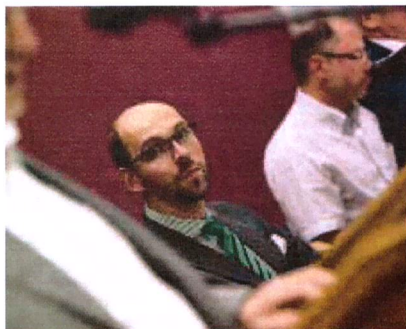
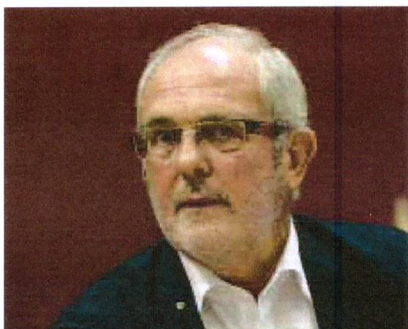
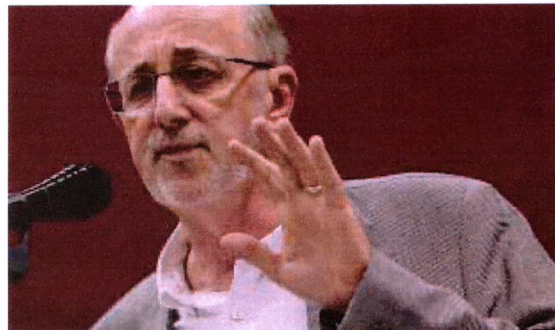
Innenminister Dan Kersch hätte bei dieser Versammlung wohl einen sehr schweren Stand gehabt, aber auch die Unzufriedenheit bzw. das Misstrauen der Basis der einen katholischen Kirche gegenüber ihrer Hierarchie – Bistum und Erzbischof Jean-Claude Hollerich – traten mehr als deutlich zutage.

Syfel-Präsident Serge Eberhard sagte vor der Presse, dass es hier

nicht um Politik und Geld gehe, sondern um die Tausenden Menschen, die in mehr als 200 Jahren unentgeltlich als Freiwillige die Pfarreien am Laufen hielten – und die nun „beraubt“ würden und nicht mal ein Danke für ihre Dienste bekommen würden.

Notwendigkeit einer Reform besteht

Hätte man auf das Syfel gehört, und Eberhard bedauerte, dass dies nicht der Fall war, hätte man einen Reformvorschlag gehabt. In groben Zügen: Eine Gemeinde ist eine Kirchenfabrik, die Obligationen für Gemeinden entfallen, es soll eine modernere Funktionsweise geben und einen Solidaritätsfonds für Kirchenfabriken untereinander. Denn die Notwendigkeit einer Reform bestreite man nicht.



Ein kircheninternes Problem und ein „Milchmädchenvergleich“

NACHBETRACHTUNG Syfel-Generalversammlung am vergangenen Freitag

Claude Clemens

Das Syndikat der Kirchenfabriken Syfel will bekanntlich mit mehreren Mitteln und auch juristisch gegen das Gesetz zur Abschaffung der Kirchenfabriken vorgehen (siehe „T“ vom Samstag und Sonntag). Die Generalversammlung am Freitag in Heffingen gab aber auch zu weiteren Überlegungen Anlass.

Syfel-Präsident Serge Eberhard meinte zu einem gewissen Zeitpunkt, dass man sich wohl einig sei, dass die katholische Kirche nicht alle rund 500 existierenden Kirchengebäude brauche, um ihren pastoralen Auftrag zu erfüllen.

Ebenso schien im Saal Einigkeit darüber zu herrschen, dass der zukünftige zentrale Fonds mit allen Gebäuden und allen anderen Kirchenfabrik-Gütern sich finanziell nicht tragen könne. Es gäbe wohl einige reiche Kirchenfabriken, die meisten hätten aber nicht viel. Und alleine die Tatsache, dass mit diesem Fonds ein neuer Verwaltungsapparat geschaffen werde für etwas, das vorher über 200 Jahre unentgeltlich von tausenden Freiwilligen erledigt worden sei, würde schon viel Geld „auffressen“.

Die Unzufriedenheit bzw. das Misstrauen gegenüber dem Bistum diesbezüglich war zu spüren. Bezeichnet man das Syfel als die Basis der Kirche – und die Kirchenfabriken sehen sich so, denn wenn man von Schenkungen und Erbschaften usw. ausgeht, die im Laufe der über 200 Jahre von „paroissiens“ gekommen seien, so hieß es zu einem Moment, alle Güter würden weder dem Bistum und schon gar nicht dem Staat, sondern den „paroissiens“ gehören, und es seien diese, die nun beraubt und beklaut würden –, dann hat die Luxemburger



Foto: Isabella Finzi

Ob die Spitze die Basis gehört hat?

katholische Kirche definitiv ein Problem mit ihrer Basis.

Syfel-Vizepräsident Marc Linden hatte diesbezüglich in einem LW-Interview Anfang September Klartext geredet: „(...) wenn die Kirchenfabriken abgeschafft werden, hat das Bistum nach 200 Jahren endlich Zugriff auf die Kirchengüter, die jetzt noch den Kirchenfabriken gehören. Ich bin der Meinung, dass die aktuelle Führungsmannschaft die Güter nicht missbrauchen würde. Das Problem ist aber, dass wir keine Garantie für die Zukunft haben. (...)“

Sieht man dies also als „Aufstand“ der Basis gegen die Hierarchie – Aufstand übrigens mit vielen (Ex-)CSV-Gesichtern im Saal – so könnte man es sogar fast als Aufstand gegen den Klerus sehen.

Denn von Kirchenarbeit und/oder Pastorale sowie Spiritualität und Glauben war kaum die Rede.

Wie sagte die frühere CSV-Politikerin Erna Hennicot: „Wir reden hier über Kirchengebäude, für die wir keine Priester mehr haben, die darin die Messe lesen.“ Sie meinte, man müsse sich allmählich auch Gedanken über das danach, die Zukunft machen.

Wer hält nun den Religionsunterricht ab?

Jean Spautz hatte die Pläne der Regierung zur Trennung von Kirche und Staat als Versuch bezeichnet, die katholische Kirche „kaputt“ zu machen und damit die drei Maßnahmen – Klerus wird nicht mehr vom Staat bezahlt, Abschaffen des Religionsunterrichts in den Schulen und Abschaffung der Kirchenfabriken – visiert.

In seiner Intervention wie auch in anderen war manchmal von

besagtem Religionsunterricht, der nun außerhalb der Schule stattfinden müsse, die Rede. Aber auch nie unter dem Gesichtspunkt der Religion, sondern des Geldes: denn der vorherige Religionsunterricht wurde ja von Papa Staat bezahlt. Wie stelle sich das Bistum das vor, wer solle diesen Religionsunterricht nun abhalten? Darüber habe scheinbar niemand nachgedacht. Alleine mit Freiwilligen- oder Priesterarbeit schien das keiner der Anwesenden für möglich zu halten.

Und auch wenn Jean Spautz sagte, dass sich 80% der Luxemburger als katholisch bezeichnen würden und dass wenn man sonntags nicht mehr zur Kirche gehe, dies nicht heiße, dass man „ungläubig“ sei – „das zeigen die Todesanzeigen, fast immer kirchliche Begräbnisse“, so Spautz –, so scheint das Fazit doch klar: Die katholische Kirche hat ein internes Problem, das die Basis scheinbar von der Spitze entfernt und das nicht nur mit abnehmender Religiosität zu tun hat. Jedenfalls sollte sich die Luxemburger Kirche diesem Problem stellen, ansonsten sie sich vielleicht irgendwann selbst abschafft.

Denn wir sind im 21. Jahrhundert, und deswegen hinkt auch der immer wieder – auch am Freitag – angestellte „Milchmädchenvergleich“, ein Kirchengebäude sei eigentlich nichts anderes als ein Kulturzentrum oder eine Sporthalle oder ein Stadion: Ein Fußballverein predigt nämlich nicht von der Kanzel, dass Gott den Menschen erschaffen habe und dass es die Wiederauferstehung von den Toten gebe.

Wer dies glauben will, darf dies gerne in seinem Privatleben tun. Und wenn er dafür Geld ausgeben will, steht es ihm frei, dies zu tun. Der Staat, in dessen Schulen im offiziellen Lernprogramm der Mensch *nicht* von einem Gott abstammt, sollte mit so etwas nichts (mehr) zu tun haben.

Napoleon ist ein alter Hut

Die Referenz auf Napoleon und seine Beweggründe bezüglich des Dekrets ist ein mehr als 200 Jahre alter Hut: wird in diesem Dossier trotz dem immer mal wieder gern benutzt.

Die veralteten Texte, die dann bemüht werden, zeige wie dringend der Handlung bedarf ist. Und alleine die Tatsache, wie denn nun Uralt-Texte juristisch zu interpretieren sind, dürfte für neuen Diskussionsstoff sorgen. Und eine Überraschung kann das Jahrhunderte alte Dekret auch schon mal be-reithalten.

Wie z.B. bei der Tatsache, wenn eine Kirchenfabrik vor Gericht gehen will. So sagt Art. 77: „Ne pourront les marguilliers (die u.a. für die finanzielle Selbstkontrolle zuständig sind, Anm.d.Red. *entreprendre aucun procès, ni y défendre, sans une autorisation du conseil de préfecture, auquel sera adressé la délibération qui devra être prise à ce sujet par le conseil et le bureau réunis.*“

Wenn der „conseil de préfecture“ heute mit dem Innenminister gleichzustellen wäre, könnte der Weg der Luxemburger Kirchenfabriken vor Gericht schon allein deswegen wohl schwierig werden ...



Bericht zur Versammlung
Reaktion des Innenminist
www.tageblatt.lu

Syfel: „Es geht jetzt um die Wurst“

Syndikat will massiv gegen geplante Abschaffung der Kirchenfabriken vorgehen

Heffingen. Der Dachverband der Kirchenfabriken (Syfel) will gleich mehrere Hebel in Bewegung setzen, um gegen die geplante Abschaffung der über 200 Jahre alten Kirchenfabriken und deren Überführung in einen gemeinsamen Fonds vorzugehen. Das haben die Vertreter der Kirchenfabriken gestern Abend anlässlich einer außerordentlichen Generalversammlung im Centre polyvalent in Heffingen beschlossen.

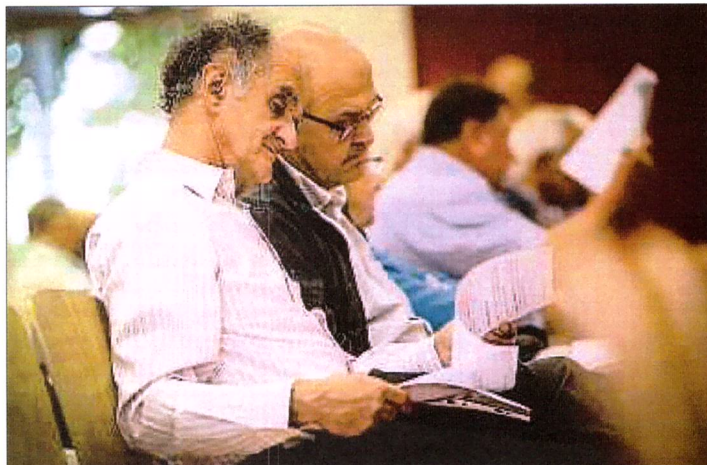
So wird das Syndikat zunächst einmal eine Petition starten zum Erhalt und zur Modernisierung der Kirchenfabriken. Man hofft auf einen massiven Zuspruch aus der Bevölkerung.

Das Syfel hat bereits 200 Protestbriefe von Kirchenfabriken gesammelt, die nun an Erzbischof Jean-Claude Hollerich und Innenminister Dan Kersch verschickt werden.

Darüber hinaus will man juristisch vorgehen, in Luxemburg aber

auch in Straßburg vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, und hierbei auch auf Schadenersatz wegen der geplanten Enteignungen klagen.

Ein juristisches Gutachten, das das Syndikat von Experten ausarbeiten ließ, wird an den Staatsrat und alle anderen involvierten Instanzen verschickt. mig/mt



Das Syndikat der Kirchenfabriken will alle juristischen Hebel in Bewegung setzen, um die geplante Abschaffung der Kirchenfabriken zu verhindern. (FOTO: GERRY HUBERTY)



Knapp 350 Mitglieder waren der Einladung des Dachverbands der Kirchenfabriken gefolgt und holten sich beim Syfel für ihr weiteres Vorgehen Rat. (FOTO: GERRY HUBERTY)

„Bis hierhin und nicht weiter“

Syfel lässt ordentlich Dampf ab und fährt große Geschütze auf

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Beim Dachverband der Kirchenfabriken liegen die Nerven blank. Das Syfel wehrt sich gegen die geplante Abschaffung der Kirchenfabriken und fährt jetzt die ganz großen Geschütze auf. Am Freitag erfuhr die Mitglieder, wie der Plan aussieht und was sie selbst tun können.

„Es reicht! Bis hierhin und nicht weiter! Wir ziehen jetzt die Bremse. Es geht um die Wurst.“ Mit diesen Worten machte Syfel-Vizepräsident Marc Linden am Freitagabend bei einer außerordentlichen Generalversammlung den Vertretern der Kirchenfabriken klar, dass jetzt endgültig die Stunde Null geschlagen hat. Reichlich spät, dafür aber mit geballter Kraft will der Dachverband der Kirchenfabriken jetzt gegen die geplante Auflösung der 285 Kirchenfabriken und deren Überführung samt Vermögenswerte in einen gemeinsamen Fonds vorgehen.

Das prallgefüllte Centre polyvalent – knapp 350 Mitglieder waren der Einladung des Syfel nach Heffingen gefolgt – das aufmerksame Zuhören und die vielen Fragen machten deutlich, wie groß das Interesse, aber auch die Verunsicherung ist. Man will sich wehren, aber man will auch nichts falsch machen. Schließlich kennt nicht jeder sich mit juristischen Feinheiten aus.

Die Krux: Die Kirchenfabriken sollen bis zum 1. Oktober mit den Gemeinden eine Einigung finden, welche Kirchen, Kapellen und Gü-

ter 2017 in den Fonds übergehen werden, und eine entsprechende Konvention unterschreiben. Doch die Vertreter der Kirchenfabriken sind unsicher, was sie tun sollen. Einerseits wehren sie sich dagegen, dass die Dinge auf diese Art abgewickelt werden. Andererseits haben sie Angst, dass am Ende die Regierung entscheidet, sollte es nicht zu einer Einigung kommen.

Syfel-Präsident Serge Eberhard riet den Mitgliedern, nicht in die Falle des Ministers zu tappen, „der die Listen braucht, damit sein Gesetz durchgeht“. Eberhard riet den Mitgliedern, auf keinen Fall eine Konvention zu unterschreiben, so lange kein Gesetz vorliegt. Noch ist nämlich unklar, ob der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form überhaupt den Staatsrat passieren wird. Stattdessen ging der Rat an die Kirchenfabriken, sich mit den Gemeinden auf eine Absichtserklärung zu einigen, „die nicht bindend ist“, und das Gesetz abzuwarten. Schließlich bleibe auch dann noch genug Zeit, eine Konvention zu unterzeichnen.

Tiefe Wunden

Die Wunden sitzen tief beim Syfel. Und man ist fassungslos über das, was gerade „in atemberaubendem Tempo“ passiert. Gründe, gegen das geplante Gesetz vorzugehen, gibt es nach Ansicht des Syfel viele. Allein schon die Konvention sei null und nichtig, „weil weder der Erzbischof das Recht hat, die Kirchenfabriken, noch der Innenminister, die Gemeinden zu verpflichten“, so der Vorsitzende.

Deshalb wird das Syfel auch gerichtlich gegen die Konvention vorgehen. „Hier haben zwei Parteien entschieden, das Haus eines Dritten zu verkaufen, ohne diese dritte Person zu fragen, ob sie damit einverstanden ist. Das nennt man Diebstahl, Enteignung, Beraubung“, so Eberhard.

Was die Zukunft angeht, befürchtet das Syfel, dass es dem Fonds später so ergehen könnte wie jetzt den Kirchenfabriken. Es gebe keine Garantie, dass der Fonds nicht auch irgendwann abgeschafft werde „und dann ist alles weg“, so Eberhard, der bei der anschließenden Pressekonferenz betonte, dass es dem Syfel in erster Linie nicht um das Geld, sondern um die Menschen gehe, „die sich über 200 Jahre lang unentgeltlich für die Kirchenfabriken eingesetzt haben und für ihre Arbeit keinen Dank, sondern eine Ohrfeige erhalten“.

Die Syndikatsverantwortlichen äußerten auch Bedenken bezüglich der Verwaltung des geplanten Fonds. „Niemand weiß, wie dieser Fonds verwaltet werden soll. Wir wissen nur, dass die Verwaltung eines solch großen Fonds einen Haufen Geld kosten wird, allein schon weil man viel Verwaltungspersonal dafür braucht“.

Diese Kosten hätte man sich sparen können, fuhr Eberhard fort. Er erinnerte an den Vorschlag des Syfel, die Kirchenfabriken zu reformieren und einen Solidaritätsfonds einzurichten, der Eberhard zufolge die Finanzierung der Kirchenfabriken gesichert hätte.

So will das Syfel gegen die Abschaffung der Kirchenfabriken vorgehen

- Das Syfel hat eine öffentliche Petition zum Erhalt und zur Modernisierung der Kirchenfabriken eingereicht und hofft auf den Zuspruch der Bevölkerung, „da es auch um den Erhalt und die Pflege des Kulturerbes geht und somit die gesamte Bevölkerung betrifft, nicht nur die Gläubigen“, so Vizepräsident Marc Linden.
- Der Dachverband hat 200 Protestbriefe mit 850 Unterschriften gesammelt, in denen die Kirchenfabriken sich gegen ihre Abschaffung aussprechen. Sie werden an den Erz-

bischof und den Innenminister geschickt.

- Das Syndikat hat die Kirchenfabriken dazu aufgerufen, mit Unterstützung des Syndikats eine Resolution auszuarbeiten, mittels derer man auf internationaler Ebene (Rom, EU-Kommission, Vereinte Nationen usw.) auf die Situation in Luxemburg aufmerksam machen möchte.

- Ein belgischer Verfassungsrechtler hat im Auftrag des Syfel ein negatives Gutachten zum Gesetzentwurf 7037 erstellt, das nun an den Staats-

rat und andere politische Instanzen geschickt wird.

- Das Syfel wird die Konvention anfechten. Nach Ansicht des Syfel ist sie null und nichtig. Des Weiteren zieht das Syndikat vor den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg, u. a. wegen des Tatbestands der Enteignung, Diskriminierung und der Inexistenz objektiver Gründe für die Abschaffung der Kirchenfabriken. Darüber hinaus werden das Syfel und die Kirchenfabriken auf Schadenersatz wegen Enteignung klagen. mig

LEITARTIKEL

Die Kirche und das Dorf

JEAN-LOU SIWECK



„Der Innenminister ist bei der Reform der obskuren Kirchenfabriken in die Defensive geraten.“

Biltgen, Biltgen, Biltgen: Wenn Innenminister Dan Kersch seine Gesetzesvorlage zu den Kirchengebäuden verteidigt, hört es sich zuweilen an, als verwalte er lediglich das Erbe der Vorgängerregierung. Immer wieder beruft er sich auf den vom damaligen Kultusminister François Biltgen bestellten Expertenbericht von 2012.

Der LSAP-Minister ist in die Defensive geraten. Und das bei der, auf den ersten Blick, eher technischen Frage der Reform der obskuren, auf 1809 zurückgehenden Kirchenfabriken. Dabei besteht eigentlich Konsens darüber, dass das Konstrukt reformbedürftig ist. Die zahlreichen Wortmeldungen der vergangenen Monate belegen allerdings auch, warum es vor 2013 zu keinen Anpassungen kam: Kein CSV-Minister hätte auch nur einem Bruchteil des derzeit auf den Innenminister ausgeübten Drucks widerstanden.

Zu den Hauptkritikpunkten an der Gesetzesvorlage gehört das explizite Verbot an die Gemeinden, lokale Kirchengebäude, die dem neuen Fonds gehören, weiter finanziell zu unterstützen. Die formale Begründung dieses Verbots wurde demnach mit Spannung erwartet. Im Kommentar zu Artikel 7 der Gesetzesvorlage findet sich allerdings... nichts. Warum genau der Minister diese Einschränkung seit seinem Amtseintritt zur nicht verhandelbaren Bedingung für jede Einigung mit dem Erzbistum erhoben hat, bleibt unerklärt. Ein Gemeinderat mag demokratisch legitimiert sein. Entscheidungen in Kirchenfragen werden ihm vom Minister offensichtlich nicht zugetraut.

Nun sollte man zumindest erwarten können, dass das Kersch'sche Grundprinzip sich ko-

härent durch die Gesetzesvorlage ziehen würde. Doch weit gefehlt. Für die hauptstädtische Kathedrale sowie die Basilika in Echternach werden so Ausnahmen geschaffen: Nicht nur die Gemeinden, selbst der Staat wird weiter Zuschüsse gewähren. Erklärt wird dies mit dem „nationalen Interesse“ dieser „bedeutenden Gebäude“. Dass kleinere Gemeinden ein „lokales Interesse“ am Zustand eines Kirchengebäudes haben könnten, scheint für den Innenminister hingegen unvorstellbar.

Fließt demnach kein öffentliches Geld mehr in Kirchengebäude? Mitnichten. Gehört die Kirche der Gemeinde, steht diese weiter für den Unterhalt des Gebäudes in der Pflicht. Zwar muss sie im Genzueg Miete einfordern, doch diese bleibt symbolisch. Eine Kirche, die in den Besitz des neuen Fonds fällt, unterliegt auch nicht den üblichen Gesetzen des Immobilienmarkts. Wird sie eines Tages nicht mehr als Kultstätte genutzt, ist sie der zuständigen Gemeinde zum symbolischen Euro zu überlassen. Selbst Kersch will demnach sicherstellen, dass die Kirche im Dorf bleibt.

Die Reform mag somit klären, welches Kirchengebäude wem gehört. Der Innenminister scheitert jedoch an seinem eigenen Anspruch. Er, der ohne Einschnitte die These „Religion ist Privatsache“ vertritt, muss letztlich anerkennen, dass Jahrzehnte und Jahrhunderte alte Kirchengebäude durch und durch im öffentlichen Leben verankert sind.

Viel stärker als bei der Besoldung der Priester oder sogar beim Religionsunterricht in der öffentlichen Schule legt sich die Regierung bei den Kirchengebäuden nicht nur mit den praktizierenden Gläubigen an, sondern mit dem Kulturkatholizismus im Lande. Und dieser ist selbst bis in die Wählerschaft von Dan Kersch verankert. Immerhin entfährt selbst Atheisten schon mal ein „Oh Gott“.

■ jean-lou.siweck@wort.lu

Ein paar Klarstellungen in Sachen Kirchenfabriken

VON ALEX BODRY *

Zur Zeit sorgt der Gesetzesvorschlag der Regierung über die Abschaffung der Kirchenfabriken und die Klärung der Besitzverhältnisse bei kirchlichen Gebäuden für teils heftige Reaktionen.

Aufgrund der vielen Ungenauigkeiten, Teilwahrheiten und Unterstellungen, die von einzelnen Gesetzesgegnern vorgebracht werden, scheinen ein paar knappe Klarstellungen angebracht:

1. Die Abschaffung der Kirchenfabriken ist kein Punkt aus dem Wahlprogramm der Regierungsparteien oder dem Koalitionsabkommen von 2013.

Diese Abschaffung ist das Ergebnis von Verhandlungen mit der katholischen Kirche und fußt auf Vorschlägen, die von Vertretern der Kirche in die Diskussion eingebracht wurden.

Es ist die logische Folge der Schaffung eines nationalen Kirchenfonds und des Wunsches der Kirchenführung, die Verwaltung sämtlicher Kirchengüter zu zentralisieren, um so auch mit knapperen staatlichen Geldmitteln über die Runden zu kommen.

2. Diese Gesetzesvorlage ist kein Überraschungsangriff auf die katholische Kirche, ausgeheckt von einer blau-rot-grünen Parlamentsmehrheit, sondern die logische Folge eines Reformprozesses, der bereits unter der vorherigen CSV-LSAP-Koalition unter der direkten Verantwortung von Kultusminister Biltgen (CSV) eingeleitet wurde. Eine von der CSV mitverfasste Parlamentsmotion unterstützt diese Neudefinierung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirchen und fordert u. a. eine Reform der Gesetzgebung der Kirchenfabriken. Die von Minister Biltgen eingesetzte Expertengruppe hat u. a. als Lösung auch die Abschaffung der Kirchenfabriken als Schlussfolgerung zurückbehalten.

3. Es geht in erster Hinsicht um die überfällige Klärung der Besitzverhältnisse der kirchlichen Gebäude im Land. Im Endeffekt werden Kirchen, die für Gottesdienste benutzt werden, auch in Zukunft für diesen Zweck



Die Kirche in Breidweiler.
(FOTO: JIM WANDERSCHIED)

zur Verfügung stehen. Andere kirchliche Gebäude, die keine religiöse Nutzung erfahren, werden verstärkt für kulturelle oder gemeinschaftliche Zwecke genutzt werden können, wie dies ja auch im Ausland öfters der Fall ist. Für den Unterhalt ist in erster Hinsicht der Besitzer des kirchlichen Gebäudes zuständig, was ja auch den allgemeinen Regeln des Zivilrechts entspricht.

4. Die Regeln des Denkmalschutzes bleiben voll in Kraft. Dies bietet einen weitgehenden Schutz für sämtliche erhaltenswerten Gebäude und zusätzlich die Möglichkeit einer staatlichen Bezuschussung bei Restaurierungsarbeiten.

5. Auch wenn in Zukunft die Gemeinden bei Gebäuden, die der Kirche gehören, nicht mehr finanziell in-

terventionen sollen, so gilt dies nicht für den Staat. Auch in Zukunft wird sich die öffentliche Hand um Erhalt unseres kirchlichen Patrimoniums finanziell beteiligen.

6. Bei dem Gesetz geht es nicht darum, jemandem zu enteignen, sondern im Gegenteil, die kirchlichen Gebäude dem rechtmäßigen Besitzer zuzuführen. Bestehende öffentlich-kirchliche Einrichtungen wie die Kirchenfabriken werden per Gesetz wieder abgeschafft, wie sie per Dekret vor mehr als 200 Jahren eingeführt wurden. Das Gesetz regelt, was mit den Aktiva der Kirchenfabriken geschieht. Die von der katholischen Kirche unterschriebene Konvention

wird voll und ganz respektiert. 7. Von innerkirchlichen Machtkämpfen einmal abgesehen, bietet die Gesetzesvorlage von Minister Dan Kersch genug Stoff zu einvernehmlichen Lösungen auf lokaler Ebene. Sie setzt auf Verhandlungen und Dialog.

Mit ein bisschen gutem Willen dürften in 95 Prozent der Fälle Kompromisse einfach zu finden sein. Deshalb ist die jetzige Aufregung, sofern sie gegen die Regierung gerichtet ist, nur schwer objektiv nachzuvollziehen.

8. Es bleibt, dass die Mitglieder der Räte der Kirchenfabriken mit dem neuen Gesetz ihre Befugnisse verlieren. Die katholische Kirche dürfte Wege finden, diese ehrenamtliche Tätigkeit für andere kirchliche Aufgaben zu nutzen. Das ist jedoch eine Frage, die kirchenintern und nicht per Gesetz geregelt werden kann.

9. Die CSV hat versucht per Pressemitteilung, in recht unorthodoxer Art, Druck auf den Staatsrat auszuüben. Ich denke die Hohe Körperschaft wird ihre Unabhängigkeit schon zu verteidigen wissen. Bei der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetzesvorlage sollte der Staatsrat vielleicht auch Artikel 119 unserer Verfassung die nötige Aufmerksamkeit schenken. Laut dieser Übergangsregelung behalten die bestehenden Bestimmungen, die die Kirchen betreffen, bloß so lange Gültigkeit, bis die auf der Grundlage von Artikel 22 der Verfassung verfassten Verträge abgeschlossen sind. Es ist nicht auszuschließen, dass auch das Napoleonische Dekret von 1809 unter diese transitorische Verfassungsregel fällt. In dieser Hypothese hätten die Kirchenfabriken bereits jetzt, und dies seit 1998, keine gültige rechtliche Grundlage mehr!

Eine öffentliche Debatte über die Gesetzesvorlage des Innenministers ist wünschenswert, ja notwendig. Sie sollte jedoch sachlich und auf dem Boden der Tatsachen geführt werden. Diese Klarstellung möchte ich als Beitrag zur Objektivierung der Diskussion verstanden wissen.

* Der Autor ist Fraktionsvorsitzender der LSAP

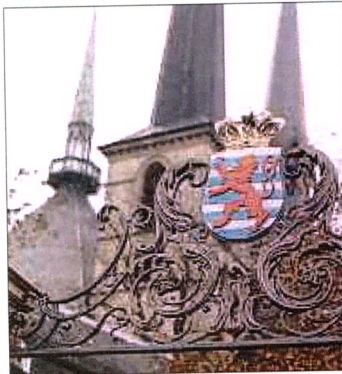
Traurige Genossen!

Über schlecht gesungene fromme Gesänge und heimisches Fußballtalent

Kühn und unerbittlich vollstreckt Dan Kersch als „organisateur de la victoire“ den Sieg über die katholische Kirche. Im künftigen 1,1-Millionen-Einwohner-Staat sollen landesweit neben von Maden befallenen und veralgten Niedrigenergiehäusern gnadenlos auch unzählige Kirchen und Kapellen zerfallen, verkommen und verrotten.

Keine Gemeinde darf mehr, selbst wenn sie das möchte, Patrimoine ist Quatsch, auch nur einen einzigen Cent in die alten, unzeitgemäßen Gemäuer investieren. Aber, früherer Bürgermeister, früherer Staatsrat und augenblicklich Minister auf Zeit, Herr Dan Kersch, was bleibt von diesen Siegesfantasien? Von wahren Heldentum keine Spur. In einem armeligen Schattenboxen gegen einen Gegner, der längst die Waffen gestreckt hat, entpuppen Sie sich als Ritter von der traurigen Gestalt.

Kampflos und möglicherweise nicht zu Unrecht hat das Bistum die vermeintlich fetten Pfründe der Geistlichkeit gleich anfangs und ohne ernsthaften Widerstand aufgegeben. Viel schlimmer, es hat nicht widersagt und ohne jedwede Gegenwehr den staatlichen Religionsunterricht preisgegeben, ein Kardinalfehler, der sich rächen wird, vor allem für den Rechtsstaat, weil nun jede Religion ohne



mögliche Kontrolle durch die Öffentlichkeit ungebremst z. B. das Gotteskriegertum verkünden darf. An staatlichen Schulen ein absolutes „No go“!

Was soll nun der letzte armelige Streich gegen einen Gegner, der schon lange abgedankt hat? Kleinkariert pedantisch wird an Subsidien für die katholische Kirche gespart, während im Rahmen der aus Deutschland exportierten „Willkommenskultur“ eine andere Religion mit offensichtlichem und unverhohlenem Herrschaftsanspruch devot hofiert wird. Traurige Genossen!

Wie Frank A. Meyer in der Juli-Ausgabe des Magazins Cicero betont, gehört der Kampf gegen gesellschaftliche kirchliche Macht wesensmäßig zu den Grundanliegen der Sozialdemokratie. Heute führt die Linke einen kleinlichen

Feldzug gegen die Kirche im Dorf. Die sozialistischen Streiter verraten, indem sie bewusst die Augen vor einer gefährlichen religiösen Herrschaftsideologie verschließen, ihr ureigenes historisches Erbe. Und während Fränz Bausch, der sich, genau wie einst Ferdinand der Gütige von Österreich (von seinen Landsleuten auch gerne Gütinand der Fertige genannt), der unbedingt im Flachland einen Tunnel haben wollte, von seinem Volk einen Eisenbahnertraum erfüllen ließ und nun mit der lang ersehnten Trambahn spielt, bereist der Kultusminister als neuer Außenminister die Welt, wo er an filmreifen Stränden mit engelsgleicher Mine hübsche Sandburgen baut. In Luxemburg regieren derweil Borniertheit, Engstirnigkeit, Verbissenheit und gezielte Intoleranz.

Übrigens: Ich werde vor Gericht dagegen klagen, vom Staat als Bürgerin zweiter Klasse behandelt zu werden. Am Sonntag marschiere ich nicht in die Sporthalle und nur höchst selten ins sogenannte Kulturzentrum. Ich gehe in die Kirche. Wieso soll die für dieses Weekendvergnügen notwendige Infrastruktur nicht auch von der Öffentlichkeit finanziert werden? Ich singe nämlich die frommen Gesänge genauso schlecht, wie man in Luxemburg üblicherweise Fußball spielt. Viviane Lorang